



Pressemitteilung

Neuverteilung von Fluglärm, angeblich ohne neue Betroffene

Die Sprecher des Bündnisses der Bürgerinitiativen kritisieren Minister Mansoori für seine Aussage zum neuen Betriebskonzept der Fraport AG, die Zahl der Betroffenen steige nicht. Die bewusste Irreführung des Ministers bestehe darin, dass sich nicht die Zahl der Betroffenen erhöht, aber die Intensität der Belastung. Das verrät die Ankündigung eines Monitorings und eines voraussehbar wirkungslosen Lärmschutzpakets.

Mit dem berechtigten Widerstand der Städte Flörsheim, Hattersheim, Hochheim und Wiesbaden gegen das neue Betriebskonzept der Fraport AG, welches die stärkere Nutzung der Nordwest-Richtung bei Abflügen vorsieht, fällt der Fraport AG erneut die Raumunverträglichkeit der Intensität des Flugbetriebs auf die Füße. Wenn behauptet wird, die Kapazitätsgrenze des aktuellen Betriebskonzepts rücke näher, muss gefragt werden, warum?

Durch den letzten Flughafenausbau sollte sie doch beliebig hoch sein. Mit der beabsichtigten Änderung des Betriebskonzepts wird klar, dass der Ausbau des Flughafens, trotz Investitionen von Milliarden Euros sein Ziel nicht erreicht hat und nicht erreichen kann. Kaum irgendwo sonst, steht die Größe des Flughafens so krass im Gegensatz zur Effektivität der Abwicklung des Flugbetriebs.

Dass jetzt das Betriebskonzept an Grenzen stößt, liegt nicht an den rebellischen Anwohnern, sondern an der völlig verunglückten Konfiguration des Start- und Landebahnsystems und der Menge des Flugbetriebs. Sicherheitstechnisch ist die nahe an der Katastrophe. Die aus Sicherheits- und Kostengründen immer noch kritische Südumfliegung soll nun teilweise durch die nicht weniger kritischen Nordwestabflüge abgelöst werden. Auch dabei müssten aus Sicherheitsgründen die Fehlanflüge auf der Nordwest-Landebahn berücksichtigt werden, meinen die Sprecher. Nur etwa 200 Meter mehr Distanz zwischen den Parallelbahnen hätten für den unabhängigen Betrieb ausgereicht, der mit Milliarden Euro teurer Planungs- und Bautätigkeit nicht erreicht wurde. Diese eklatante politisch-wirtschaftliche Fehlleistung soll nun auf dem Rücken der Anwohner im Nordwesten abgeladen werden.

560.000 Flugbewegungen pro Jahr, sind nicht nur für die Region, sondern auch für den Klimaschutz ein Horrorszenario.

Klar ist auch, der Flughafenbetreiber hält sich an keine getroffenen Vereinbarungen, er schafft zusammen mit den Behörden Fakten und wird sich nicht nach der von der FLK geforderten „unbedingten Notwendigkeit“ richten. Was Fraport immer braucht, sind durch wirtschaftliche Macht korrumpierbare Politiker, Minister, Richter und FLK-Vorstände.

Den Anspruch auf möglichst schnelle und billige Beförderung zu allen erreichbaren Zielen, gibt es nicht. Aber seit 1945 gibt es sehr wohl den unveräußerlichen Anspruch auf ein gesundes und würdiges Leben.

Nur die Beschränkung der Flugbewegungen auf ein Maß, über das sich kein Anwohner mehr beschweren muss, ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und der strikte Vollzug geltenden Rechts durch die Behörden, führen zu mehr Lebensqualität in der Region.

Knut Dörfel , im Auftrag des Sprecher*innenteams

Das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“, kurz: BBI, ist ein Zusammenschluss von mehr als 80 Initiativen. Das Bündnis streitet für die Wiedergewinnung und den Erhalt der Lebensqualität der Menschen im Rhein-Main-Gebiet. Es setzt sich für die Schaffung einer lebenswerten Region ein und fordert den Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs und erklärt sich solidarisch mit allen von Verkehrslärm betroffenen Menschen. Das Bündnis fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit der Mobilität. Die gemeinsamen Ziele sind:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region.
- Kein Terminal 3 – Sofortiger Baustopp!
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen.
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.
- Stilllegung der Landebahn Nordwest.

BBI Bündnis der Bürgerinitiativen, eMail: buero@flughafen-bi.de , Tel. 015789683516

Bankverbindung: VR-Bank Bad Orb-Gelnhausen IBAN DE81 5079 0000 0006 7852 98 BIC GENODE51GL

www.flughafen-bi.de